

An die Kirchengemeinden in Deutschland

Brief des Team-Visit des ÖRK, das Anfang Juni Deutschland besuchte

Liebe Schwestern und Brüder,

wir besuchten Ihr Land zum Zeichen ökumenischer Solidarität mit Ihnen in den Gemeinden, während Sie dabei helfen, den Aufbau Ihrer Nation nach der Wiedervereinigung voranzubringen und sich mit neuen Formen der ethnischen Verschiedenheit auseinanderzusetzen. Wir sind eine Gruppe von Christen aus Großbritannien, Indien, Polen, Südafrika, Schweden, Uruguay und den USA, die der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) auf Einladung seiner Mitgliedskirchen in Deutschland zusammengebracht hat.

Wir kommen aus Kirchen und Ländern, die selbst vielschichtigen Problemen gegenüberstehen, und hoffen, daß die Einsichten, die wir bei Ihnen gewonnen haben, uns im Hinblick auf unsere eigenen Fragen, aber auch in anderen Situationen eine Hilfe sein können. Einige unserer Heimatländer stehen vor einem Übergang der Regierungsform, ähnlich wie bei Ihnen in Deutschland. Viele Länder suchen nach Modellen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und können von den Erfahrungen lernen, die Sie in Ihrem Land gemacht haben. Wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen zuzuhören, um von Ihnen zu lernen und an der Beurteilung dessen, was sich hier ereignet hat, teilzuhaben. Vor allem aber wollen wir Ihnen sagen: Wir gehören zusammen und trachten gemeinsam danach, in der Welt Zeichen für das Kommen des Gottesreiches zu setzen.

Wir danken Ihnen für die zahlreichen Beiträge, mit denen sich die deutschen Kirchen, im Osten wie im Westen, in den vergangenen Jahren an der ökumenischen Bewegung beteiligt haben. Wir möchten besonders die Integrität der Zeugnis- und Dienstgemeinschaft in den Kirchen Ostdeutschlands in den Jahren des Staatssozialismus unterstreichen.

Überall wo wir hinkamen, suchten die Menschen das Gespräch mit uns. Wir danken ihnen allen für ihr Vertrauen und die Offenheit, mit der sie über ihre Probleme, Ängste und Hoffnungen sprachen.

Der neue historische Augenblick

Wir besuchten Ihr Land drei Jahre nach der Wiedervereinigung. In der Infrastruktur der östlichen Regionen sind enorme Veränderungen zu erkennen. Wir waren nicht nur über das Tempo der Veränderungen erstaunt, sondern auch über die Tiefe der Kluft, die den ehemaligen Osten immer noch vom Westen trennt.

Die Zeit unseres Besuches wurde durch Gewaltakte getrübt, die fast täglich gegen in Deutschland ansässige Ausländer verübt wurden. Wir möchten unseren Abscheu vor der Gewalt zum Ausdruck bringen, aber gleichzeitig auch unsere Achtung vor den vielen Menschen, die hart für Versöhnung und Verständnis arbeiten.

In dieser Zeit ist ganz Europa großen, widersprüchlichen Kräften ausgesetzt, die einerseits auf ein engeres Zusammenrücken, andererseits aber auf eine weitere Aufspaltung zielen. Nur wenige Stunden von den deutschen Grenzen entfernt tobt der

schlimmste Krieg in Europa seit 1945, und die Weltgemeinschaft weiß nicht, was sie tun soll, um die Kämpfe zu beenden. Wanderungsbewegungen armer und notleidender Menschen verursachen Spannungen, auf die anscheinend niemand in ausreichendem Maße vorbereitet ist.

Dies ist eine Zeit, in der Sie zu inbrünstigem Gebet und zu verantwortlichem Handeln aufgerufen sind.

Eine Vision der Hoffnung

Wir vernahmen die Sehnsucht nach einer klaren Vision im Leben der Kirchen, die eine positive, vorausschauende Antwort auf die neue Situation ermöglichen würde. Deutschland, Europa, ja die ganze Welt sehnt sich nach geistlicher Erneuerung. Die Jugend sucht nach neuen Sinnquellen, manchmal auf ungesunde und zerstörerische Weise.

Wir meinen, daß Ihr Glaube Ihnen festen Boden unter den Füßen geben kann, auch inmitten des Umbruchs der modernen Gesellschaft. Als Leute des Glaubens sind Sie dazu aufgerufen, die Vision des kommenden Gottesreiches, die Einladung zu engagierter Nachfolge und konkrete Versuche, die Schlüsselfragen der Gesellschaft gezielt anzusprechen, miteinander zu verbinden.

Wir haben erfahren, wie wichtig der konziliare Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung Ende der achtziger Jahre für Ihre Kirche war, im Westen wie im Osten. Wir hörten auch von der großen Enttäuschung darüber, daß dieser Prozeß anscheinend zu einem Stillstand gekommen ist. Wir glauben, daß die durch den konziliaren Prozeß aufgeworfenen Fragen immer noch gültig sind. Wir bitten Ihre Kirchenleitungen und kirchlichen Gruppen dringend, nach Möglichkeiten zur Wiederbelebung dieses Prozesses zu suchen. Er enthält Impulse, die Ihnen Hoffnung geben und Sie dazu befähigen können, sich am Aufbau einer neuen Welt zu beteiligen. Weil die ganze Menschheit vor diesen Fragen steht, ermutigen wir Sie dazu, sich gemeinsam mit Angehörigen anderer Religionen an diesem Prozeß zu beteiligen.

Die Folgen der Vereinigung

Die Bürger und Bürgerinnen der neuen Bundesländer sehen sich mächtigen neuen wirtschaftlichen Kräften gegenüber. Anscheinend konnte niemand voraussehen, wie schwierig es für Sie sein würde, sich Veränderungen anzupassen, die über Nacht kamen und sich auf jeden Lebensbereich auswirkten. Viele Menschen, besonders die älteren, sind im neuen System von jeder Erwerbstätigkeit ausgeschlossen. Viele empfinden ein tiefes psychologisches Unbehagen über die Art des Wettbewerbs in der westlichen Konsumgesellschaft.

Als Kirchen können wir die tief verwurzelten wirtschaftlichen Probleme nicht allein lösen. Wir bitten Sie daher dringend, weiterhin ethische Fragen nach den menschlichen Kosten und den ökologischen Folgen der wirtschaftlichen Veränderungen in den neuen Bundesländern zur Sprache zu bringen.

Wir erfuhren von den Sorgen darüber, daß sich die großen politischen Parteien bei ihrer Entscheidungsfindung von den Menschen entfernt haben, daß ihre Kenntnisse der jeweiligen Situation vor Ort unzureichend sind und eine Beratung mit den betroffenen Menschen zu kurz kommt.

Die Auswirkungen der Veränderung sind überall zu sehen. Zwar ist Arbeitslosigkeit ein weltweites Problem, doch ist die Lage in den neuen Bundesländern besonders ernst, da die Unternehmen sich außerstande sehen, auf dem ungeschützten Markt der westlichen Welt wettbewerbsfähig zu bleiben. Die psychologischen Folgen der Arbeitslosigkeit werden um so schlimmer verspürt, weil im sozialistischen System für jeden Bürger ein Recht auf Arbeit bestand. Wir vernahmen viel Skepsis gegenüber den amtlichen Statistiken. Wir hoffen, daß Sie wachsam sein und auf Wahrhaftigkeit bei den amtlichen Untersuchungen der Wirtschaftslage dringen werden.

Es betrübte uns zu erfahren, daß sich die Stellung der Frauen in der Gesellschaft verschlechtert hat und daß sie nicht mehr in dem Maße gleichberechtigt sind wie in der DDR. Sie, als Frauen, waren die ersten, die die Hauptlast der Arbeitslosigkeit tragen mußten, und Sie sind beim Übergang von einem politischen System in das andere ins Abseits geschoben worden. Dies zeigt sich für viele von Ihnen besonders deutlich bei der Änderung des Abtreibungsrechts und dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichts dazu. Wir bitten Sie dringend, Ihre Stimme klar und deutlich zu erheben. Und wir fordern die Kirchen auf, die gesamte Gesellschaft in Deutschland dazu zu ermutigen, den Frauen zuzuhören, ihre Stimmen und ihre Sichtweisen zu respektieren.

Die Wiedervereinigung der Kirchen

Die Veränderungen in der Gesellschaftsordnung und die damit auftretenden Anpassungsprobleme finden ihre Entsprechungen in der Debatte über die Kirchenverfassung. In den langen Jahren der Trennung haben die Kirchen bewiesen, daß sie – trotz der objektiv notwendigen separaten Strukturen – eins sind in Christus. Manche unter uns haben in ihrer eigenen Kirche einen Vereinigungsprozeß miterlebt und wissen daher, wieviel Energie und Konzentration ein solcher Prozeß bindet. Wir wissen zwar, daß die Kirchen in den neuen Bundesländern die strukturellen Veränderungen, die im Zuge der kirchlichen Wiedervereinigung anstanden, mitentschieden haben. Dennoch können wir nicht verstehen, warum die wiedervereinigte Kirche nicht in der Lage war, die Unterschiede in der Struktur, die dem unterschiedlichen Kontext in Ost und West angemessen waren, zumindest noch eine Zeitlang zu tolerieren. Die „drei großen“ strittigen Fragen – Militärseelsorge, Kirchensteuer und Religionsunterricht an den Schulen – sind ihrerseits Zeichen des Gefühls der „Eingverleibung“ („annexation“), und dieses Gefühl sitzt im Osten sehr tief.

Selbst wenn Ihre Strukturen nun fürs erste mehr oder weniger geregelt sind, so glauben wir doch, daß Sie noch nicht Strukturen gefunden haben, die auf den völlig säkularen Kontext, in dem die Kirchen sowohl im Osten als auch im Westen wirken müssen, zugeschnitten wären oder die den unterschiedlichen Erfordernissen und Möglichkeiten für den Dienst im Osten und Westen entsprächen. Wir wissen nur zu gut, daß viele andere Kirchen vor den Problemen angemessener Strukturen für ihren Auftrag stehen. Wir hoffen, daß Sie als Gemeindeglieder sich weiterhin fragen werden: Was sind wir als Kirche? Wohin müssen wir uns um des Evangeliums willen entwickeln?

Wir wissen, daß Sie unseren Abscheu vor der jüngsten Welle der Gewalt teilen. Die Frage ist, wie man wirksame Mittel zu ihrer Bekämpfung und Verhinderung finden und sich darüber hinaus auf konstruktive Beziehungen zubewegen kann.

Wir wünschten, wir könnten mit Ihnen einige unserer Fragen zu diesen Problemen erörtern:

1. Welche Beziehung sehen Sie zwischen dem Aufkommen stärkerer negativer Einstellungen gegenüber ethnischen Minderheitengruppen und der Notwendigkeit, daß Deutschland seine nationale Identität als vereintes Volk wiederentdeckt?
2. Wie können die Menschen in Deutschland ihre neu entdeckte nationale Identität zum Ausdruck bringen, wenn Nationalstolz in ihrem Land aufgrund der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts überwiegend negativ bewertet wird?
3. Welche Beziehung sehen Sie zwischen den Hemmungen der Deutschen im Blick auf diese Fragen und der Fähigkeit der Extremisten, Nationalstolz mit rassistischen Begriffen neu zu bestimmen?

Wir hörten von Diskussionen über die Möglichkeit eines „Programms zur Bekämpfung des Rassismus in Deutschland“ für die Kirchen. Wir bitten Sie dringend, dieses Vorhaben durchzuführen. Unserer Ansicht nach ist es wichtig, Rassismus beim Namen zu nennen. Ferner glauben wir, daß das fremdenfeindliche Klima in Deutschland auch echten Rassismus einschließt. Selbst wenn man die Talfahrt der deutschen Wirtschaft berücksichtigt, kann man unserer Meinung nach das Wiederaufleben des Rassismus hier nicht ausschließlich mit sozialen und wirtschaftlichen Belastungen erklären. Wir hoffen, daß Sie die Wurzeln des Rassismus in der deutschen Gesellschaft noch viel ausführlicher erörtern und untersuchen werden. Diese Hoffnung äußern wir aus tiefem Schmerz über die Erfahrungen mit Rassismus in unseren eigenen Ländern.

Häufig hörten wir die an die kirchenleitenden Persönlichkeiten gerichtete Aufforderung, eine schärfer abgegrenzte und kritischere Haltung gegenüber den Asylgesetzen einzunehmen. Wir vermuten, daß hier eine Lücke klafft zwischen der Diskussion über diese Fragen auf der Ebene der Kirchenleitungen und der Wahrnehmung der Rolle der Kirchenleitungen auf Ortsebene. Beunruhigt hat uns, was wir von gewinnbringenden Unternehmen gesehen haben, die Unterkunft und Dienstleistungen für Flüchtlinge zur Verfügung stellen. Die Kirchen könnten eine Stelle für einen Beauftragten (Ombudsmann) einrichten, der Beschwerden über solche Unternehmen entgegennimmt.

Wir waren beeindruckt von den vielen kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Freiwilligen, die sich für den Schutz und die gesellschaftliche Integration der in Deutschland lebenden Ausländer engagieren. Wir können sie nicht alle beim Namen nennen, möchten aber einige Beispiele anführen: ein internationales Jugendorchester, örtliche Telefonketten für Nothilfe, offene multikulturelle Jugendzentren, Besuche von Gemeindegruppen in Flüchtlingsheimen usw. Wir haben den Eindruck, daß Ihnen auf der Gemeindeebene gerade für die Ausländerarbeit noch ein großes Reservoir an freiwilligen Helfern zur Verfügung steht. Sie werden viele Helfer benötigen, denn diese Arbeit ist entmutigend und ermüdend und scheint nie ein Ende zu haben.

Die Kirchen sollten sich unseres Erachtens bewußt machen, daß Flüchtlings- und Ausländerarbeit während der ganzen nächsten Generation einer ihrer wichtigsten Sozialdienste sein wird. Behelfsprogramme, Provisorien und Modellprojekte reichen nicht. Der Flüchtlingsdienst wird zu einer festen Einrichtung werden.

Die ökumenischen Beziehungen

Immer wieder hörten wir sowohl Ost- als Westdeutsche voneinander sagen: „Aber sie hören uns nicht zu.“ – „Sie bringen ganz andere Einstellungen mit.“ – „Die Mauern zwischen uns sind höher als je zuvor.“ – „Sie zeigen sich unseren Problemen gegenüber sehr gleichgültig.“ – „Sie beklagen sich zuviel.“ – „Sie stellen so unrealistische Erwartungen an uns.“ Wir glauben, daß die ökumenische Gemeinschaft von Christen/innen aus anderen Ländern dabei behilflich sein könnte, einige dieser Kommunikationsprobleme zu überwinden. Das ist eine der Aufgaben der ökumenischen Gemeinschaft.

Wir wurden in Frankfurt/Main von Herrn Ignatz Bubis, dem Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, empfangen. Für dieses Gespräch sind wir besonders dankbar. Herr Bubis schlug vor, sehr bald eine interreligiöse Konsultation in Deutschland über Probleme des Rassismus und der Gewalt abzuhalten. Zu den Teilnehmern sollten Mitglieder der jüdischen, muslimischen und christlichen Gemeinschaften gehören, möglicherweise in Zusammenarbeit mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen. Wir bitten Sie dringend, über diesen Vorschlag zu entscheiden.

Zum Abschluß möchten wir unsere Dankbarkeit dafür zum Ausdruck bringen, daß uns dieser Besuch ermöglicht wurde. Wir danken Gott dafür, daß es Sie gibt. Wir bitten Gott um seine Führung und um seinen Segen für Ihre Gemeinden, Ihr Zeugnis und Ihren Dienst. Wir versprechen Ihnen, daß wir weiterhin für Sie beten werden und bitten Sie, ebenso für uns zu beten.

Deutschland, im Juni 1993

<i>Gunnel Borgegård</i>	<i>Emilio Castro</i>	<i>Barbara G. Green</i>	<i>Bischof Jeremiasz</i>
<i>Anthony Luke</i>	<i>C. F. Beyers Naudé</i>	<i>Paul Singh</i>	<i>Hans Ucko</i>